Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 3.75.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 b. Vorm. 8–3 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. in Neustadt: Gr. Meißnerg. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (entspricht 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; Doppelzeile „unserm Strich" (Eingesandt) 40 Pfg. Grundzeile für Reklame oder nach Text pro Zeile 30 Pfg. Für Familiennachrichten 2c., bes. 20 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Photographische **Apparate** in reichster Auswahl bei **Emil Wünsche** Moritzstr. 20 (Nähe der Maximilians-Allee).
Ausführlicher Catalog nach auswärts gegen 20 Pfg. in Briefmarken.

Modernste Wiener **Corsets** aus dem berühmten Mieder-Atelier ‚Palerma' in Wien — Heinrich Planl, Hoflieferant, Wallstr. 25.

Reise-Artikel als: Reisetaschen, Reise-Necessaires, Apotheken, Besteck-Etuis, Plaidhüllen etc. empfiehlt in reichster Auswahl Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 3.

WEIN-Handlung -Stuben — Portikus a. d. Markthalle — Max: Kunath, Wallstr. 8.

„Perfectio", Dr. med. Wollermann's Patent-Bruchband, unerreicht an Satz u. Wirkung u. ein Segen für jeden Bruchleidenden. Alleinverkauf bei **M. H. Wendschuch sen., Marienstr. 22b**

Nr. 165. Spiegel: Industrie und Landwirthschaft. Hofnachrichten, Einweihung der Universität, Deutscher Müllerverband, Gesammtrathssitzung, Gerichtsverhandlungen. „Andere Lust", Charlotte Wolter †. | Muthmaßliche Witterung: Anhaltend. | **Mittwoch, 16. Juni.**

Politisches.

Angesichts der nächsten Reichstagswahlen ist wiederholt und von verschiedenen Seiten die dringliche Mahnung ausgesprochen worden, daß das Band der Interessengemeinschaft zwischen der Landwirthschaft und der Industrie, das durch die Handelsverträge zerrissen worden ist, rechtzeitig bei den Vorbereitungen für die kommende Wahlkampagne wieder hergestellt werde. In verschiedenen Versammlungen des Bundes der Landwirthe ist dieser Standpunkt mit Entschiedenheit in den Vordergrund gestellt worden und Allen voran hat Fürst Bismarck durch die „Hamb. Nachr." auf die Nothwendigkeit eines Kartells der produktiven Stände hingewiesen, damit diesen derjenige Einfluß auf die Gesetzgebung, der ihnen gebührt, gesichert wird und den sie jetzt wegen ihrer Uneinigkeit und deshalb nicht haben, weil so viele Leute im Parlamente das große Wort führen, die an der nationalen Arbeit nicht betheiligt sind und weil dort Fraktionsinteressen den Ausschlag geben, die alles Andere sind, nur nicht der Ausdruck der Bedürfnisse des praktischen Lebens.

Daß die beiden bedeutendsten Erwerbsstände unseres Volks, Industrie und Landwirthschaft, deren Lebensinteressen auf die Pflege eines verständnißvollen Gegenseitigkeitsverhältnisses hinweisen, deren Gedeihen nur unter wesentlich gleichen Voraussetzungen denkbar ist, auch treue Freundschaft und Bundesgenossenschaft halten sollten, müßte sich eigentlich von selbst verstehen. Wenn nun auch im Großen und Ganzen weder den deutschen Landwirthen noch den deutschen Gewerbetreibenden der Sinn für die Wesensgleichheit ihrer Daseins- und Gedeihensbedingungen verloren gegangen ist, so hat es der Gang der Entwickelung unseres öffentlichen Lebens doch bewirkt, daß jenes Solidaritätsbewußtsein unter dem Eindrucke schwebender Zeit- und Streitfragen abgeschwächt, modifizirt, ja stellenweise bis zu einem Grade lahmgelegt werden konnte, daß es beinahe so aussah, als ob Industrie und Landwirthschaft — zur innigen Freude der Gegner beider Erwerbsstände — in entgegengesetzten Lagern ständen. Hier wird man auch die Erklärung dafür finden dürfen, warum der Hinweis, den vor einiger Zeit der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe, Herr von Plötz, in öffentlicher Versammlung auf die Eventualität des Zusammengehens der Landwirthschaft und der Großindustrie bei den herannahenden Reichstagswahlen verlautbaren ließ, an gewissen Stellen so auffällig vermerkt worden ist, als sei damit ein völlig neues, überraschendes Moment in die Situation gebracht, wo es sich doch im Grunde nur um die Wiederanfrischung eines ganz natürlichen Verhältnisses handelt. Wir halten, schreibt die „B. B.-Ztg.", deshalb auch den Versuch, die Tragweite der Erklärung des Herrn v. Plötz dadurch abzuschwächen, daß man sie nur als eine subjektiven Impulsen entsprungene gelten lassen möchte, für verfehlt, glauben im Gegentheil guten Grund zu der Annahme zu besitzen, daß nicht allein die Großindustrie, sondern die weitaus überwiegende Mehrzahl aller im erwerbsthätigen Leben der Nation stehenden Volksgenossen von der Nothwendigkeit sich durchdrungen fühlt, Schulter an Schulter zur Vertheidigung des legitimen Existenzanspruchs der nationalen Produktion in den Wahlkämpfen der Zukunft zusammenzustehen.

Daß die angekündigte Zusammenfassung der auf gewerblichem, wie auf landwirthschaftlichem Gebiete wirkenden Kräfte zu einem gemeinsamen Wahlfeldzuge nicht aller Orten mit Sympathie begrüßt wird, liefert noch keinen Beweis für ihre Unwahrscheinlichkeit oder Unnützlichkeit. Allerdings in das System der schablonenmäßigen Zügelführung vom grünen Tisch, unter welchem wir es zu einer bis dahin unerhörten Zerfahrenheit der staatserhaltenden neben gleichzeitigem unheimlichen Machtzuwachs der staatsgefährlichen oder direkt staatsumstürzenden Richtungen gebracht haben, paßt das selbstthätige, selbstbewußte Ermannen der beiden großen nationalen Erwerbsstände nicht recht hinein, denn es eröffnet den Ausblick auf eine Zukunft, wo nicht mehr nach der Schablone gewirthschaftet und der Nation zugemuthet wird, schön klingende Phrasen für baare Münze zu nehmen, sondern wo nur Thaten als vollwichtig anerkannt werden, und zwar solche Thaten, welche dafür bürgen, daß über das Wohl und Wehe von Industrie und Landwirthschaft nicht über deren Kopf hinweg entschieden werde. Grundsätzlich erscheint das Wahlbündniß zwischen Industrie und Landwirthschaft in demselben Augenblicke gesichert, wo hüben und drüben der ernste Wille herrscht, über nebensächliche Meinungsverschiedenheiten hinwegzusehen und nur das Gemeinsame, Verbindende in den Vordergrund zu stellen. Seitens der maßgebendsten industriellen Instanzen ist immer und immer wieder dem von landwirthschaftlicher Seite sich gelegentlich äußernden Skeptizismus gegenüber hervorgehoben worden, daß die deutsche Industrie nicht entfernt daran denkt, auf Kosten und zum Nachtheil der deutschen Landwirthe Sonderbevorzugungen irgend welcher Art einheimsen zu wollen. Die deutsche Industrie ist im Wesentlichen mit den Errungenschaften zufrieden, deren sie sich erfreut; sie wünscht vor allen Dingen Erhaltung des Weltfriedens und eine normal fortschreitende Entwickelung des nationalen Lebens. In dieser Hinsicht begegnen sich ihre Wünsche mit denen der Landwirthschaft. Auch letztere wird in Kriegszeiten und bei einem in abnormen Sprüngen sich bewegenden Kurse der inneren Politik nichts gewinnen, wohl aber sehr Vieles verlieren können, deshalb die Identität ihrer Marschroute mit jener der Industriellen bei den zukünftigen Wahlen in der Hauptsache schon gegeben erscheint.

Wie schon bemerkt, fehlt es nicht an Leuten, denen die Perspektive auf ein Wahlbündniß zwischen Industrie und Landwirthschaft nichts weniger als behagt. Natürlich, denn ihnen fiel bisher in allen Verwirrnissen zwischen jenen Beiden die angenehme und bequeme Rolle des sich freuenden Dritten zu. Wenn das System der Schablonisirung von Staats- und Wirthschaftsleben nach längst abgewirthschafteten Doktrinen noch immer ein obgleich mehr schattenhaftes als reales Dasein zu fristen vermocht hat, liegt das wesentlich nur daran, daß Industrie und Landwirthschaft den zu ihren eigenen Bestrebungen sich gegensätzlich gebahrenden Richtungen viel zu viel Spielraum ließen und ihre beste Zeit und Kraft daran verschwendeten, einander, statt den gemeinsamen Gegner zu kontroliren. Letzterer war natürlich immer zur Hand und ließ sich keine Mühe verdrießen, wo er zum Aufkommen von Mißverständnissen zwischen Industrie und Landwirthschaft beitragen konnte. Die Taktik der Feinde unserer nationalen Erwerbsstände müßte plötzlich in ihr diametrales Gegentheil umgeschlagen sein, wenn sie nicht auch jetzt, und zwar angesichts der in Herausbildung begriffenen Entente zwischen Industrie und Landwirthschaft mehr als je zuvor bemüht sein sollte, dem Zustandekommen des Wahlbündnisses soviel Steine als nur irgend möglich in den Weg zu werfen. Es wird genügen, diese Taktik im Voraus festzunageln, um sie, zu größerem Nutzen und Frommen des Gesammtwohls, unschädlich zu machen. Denn die wirksame Hintertreibung der Allianz der beiden vornehmsten Erwerbsstände kann nur mit Mitteln arbeiten, die bei der Mehrzahl deutscher Gewerbetreibender und Landwirthe heute schwerlich mehr verfangen dürften. Es heißt die Spekulation auf die Naivetät der zu captivirenden Berufsstände bedeutend übertreiben, wenn man glaubt, heute noch den Einen gegen den Anderen als den unversöhnlichen Interessengegner aufhetzen zu können. Beide, Industrie wie Landwirthschaft, vertreten das Recht der nationalen Produktion auf dem nationalen Markt, alles Andere kommt erst in zweiter Linie. Beide sind deshalb geborene Anhänger und natürliche Vorkämpfer einer wahrhaft nationalen Politik, welche sich von keinen anderen Rücksichten und Erwägungen leiten läßt, als solchen, die auf nationalem Boden gewachsen sind. Können die Gegner von sich und ihren Bestrebungen ein Gleiches behaupten? Ihre Ideale sind alles Mögliche, nur nicht den nationalen Daseins- und Gedeihensbedingungen angepaßt. Man gebe den Ultramontanen, Polen, Sozialdemokraten, Volksparteilern 2c. die Bahn bei den künftigen Wahlen frei, und man wird es erleben, was für Rückwirkungen ein weiteres Hinabgleiten unserer Reichsverfassungszustände auf der schiefen Ebene zu einer Parlamentsherrschaft, die dem maßgebenden Einflusse einer prinzipiell kaiser- und reichsfeindlichen Reichstagsmehrheit gehorsamst, ausüben muß. Daß der Friede nach innen und der Friede nach außen dabei gewinnen könnte, ist ein Widerspruch in sich selbst. Zum Schutze dieser unschätzbaren Güter sind nicht diejenigen Parteien und Tendenzen berufen, deren Schwerpunkt außerhalb der Grenzen des nationalen Gedankens liegt. Hier müssen vielmehr jene Volkskreise heran, welche mit allen Fasern ihres geistigen wie materiellen Lebens und Gedeihens im Boden des Vaterlands wurzeln und welche wissen, daß sie ihr eigenes Interesse wahrnehmen, wenn sie sich dem Interesse von Kaiser und Reich widmen. Die Industrie ist — deß sind wir gewiß — jeder Zeit bereit, im Zeichen des nationalen Gedankens mit den Landwirthen gemeinsame Sache zu machen und insbesondere bei den Wahlen an ihrem Theil mit dafür sorgen zu helfen, daß eine nationalgesinnte Mehrheit ihren Einzug in den Reichstag der Zukunft halte. Da die gleiche Erkenntniß bei den Landwirthen vorausgesetzt werden muß, so steht nichts im Wege, auf Grund der beiderseitigen Interessensolidarität die Wahlstrategie so vorzubereiten, daß ein entsprechender wahltaktischer Erfolg im entscheidenden Augenblick verbürgt werde. Wir glauben, schließt die „B. B.-Ztg." ihre Ausführungen, daß eine allmähliche Gesundung unseres durch und durch krankhaft affizirten Verfassungslebens auf dem hier angedeuteten Wege mit Bestimmtheit zu erreichen sein dürfte. Um so eindringlicher erschallt die Mahnung, ihn zu betreten, an Alle, die es angeht!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 15. Juni.

Berlin. Der Kaiser und die Kaiserin legten am heutigen Todestage des Kaisers Friedrich im Mausoleum der Friedenskirche zu Potsdam einen Kranz aus Rosen nieder. Auch die Kaiserin Friedrich, der Prinz und die Prinzessin Heinrich und der Erbprinz und die Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen ließen Kränze niederlegen. Heute ist auch der Todestag des Prinzen Friedrich Karl, der in der Kirche zu Nikolskö bei Potsdam beigesetzt ist. Der Kaiser und die Kaiserin ließen hier einen Kranz aus weißen Nelken niederlegen. Prinz und Prinzessin Friedrich Leopold überbrachten persönlich einen Kranz. — Nachmittag 5½ Uhr begab sich der Kaiser zur Beisetzung des General v. Albedyll. — Der „Hamb. Korr." läßt sich aus Berlin melden: Die angeblich auf Allerhöchsten Wunsch erfolgte Berufung des Finanzministers Dr. v. Miquel nach hier steht mit der Verfügung des Polizeipräsidenten bezüglich des Verbots der Versammlungen der Berliner Getreidehändler im Feenpalaste im Zusammenhang. — Die Mehlhändler sind dem Beschluß der Getreidehändler, alle Zusammenkünfte einzustellen, beigetreten. — In der Audienz am Sonnabend hat der italienische Botschafter Graf Lanza dem Kaiser ein Handschreiben des Königs von Italien überreicht, worin sich der König für die bei seinem 25jährigen Jubiläum als Chef des 13. Husarenregiments erwiesene Aufmerksamkeit bedankt. — Der elfte ordentliche Berufsgenossenschaftstag, dem 46 gewerbliche Berufsgenossenschaften Deutschlands angehören, trat heute hier unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Roesicke zu seinen Berathungen zusammen. Hauptgegenstand derselben ist die Frage der Vereinfachung der Arbeiterversicherungs- und Abänderung der Unfallversicherungsgesetze. Ministerialdirektor Woedke begrüßte die Versammlung Namens der Reichsregierung. Der Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Bödiker hatte dem Vorsitzenden mitgetheilt, daß er es nicht für angemessen erachte, an den Berathungen über die Vorlage theilzunehmen, da sich der Reichstag noch damit beschäftige. Der Vorsitzende erwähnte hierbei das Gerücht, wonach Präsident Dr. Bödicker seine Entlassung eingereicht habe. Sollte sich diese Mittheilung bewahrheiten, so würden die Berufsgenossenschaften diesen Entschluß auf das Tiefste beklagen und möge es dann dem Kaiser und der Reichsregierung gelingen, ihn von diesem Entschlusse abzubringen. — Auf Einladung der preußischen Regierung fand gestern und heute hier eine Versammlung höherer Beamten des Polizei- und Gefängnißwesens aus sämmtlichen deutschen Bundesstaaten statt, die mit der Einführung des Bertillon'schen Personenfeststellungssystems in Deutschland sich beschäftigte. Auch die Regierungen der Niederlande, Oesterreich-Ungarns und Rumäniens ließen sich bei den Verhandlungen vertreten. — Wegen jahrelanger Unterschlagungen bei dem Charlottenburger Wasserwerke, welches die westlichen und südlichen Vororte Berlins mit Wasser versorgt, um 19620 Mk., wurde heute der Bureauvorsteher Gaster mit 3 Jahren 3 Monaten, der Kassenbote Coerds mit 2 Jahren und der Bureaugehilfe Peter Holl zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Berlin. Das „Tageblatt" nennt den jetzigen Staatssekretär des Reichsmarineamts als Nachfolger des Staatssekretärs v. Stephan. — Zum Nachfolger des Professors Du Bois-Reymond an der hiesigen Universität ist der Utrechter Physiolog Engelmann, ein geborener Leipziger, auserlesen. Professor Munk hat seinen Abschied verlangt.

Berlin. Der Berufsgenossenschaftstag beschloß, den ständigen Ausschuß zu beauftragen, nach Abschluß der Berathungen der Kommission und Bekanntgabe der Novelle zum Unfallversicherungsgesetz einen außerordentlichen Berufsgenossenschaftstag einzuberufen. — Eine neue Polizeiverordnung gegen die Singspielhallen und Café chantants soll am 1. Oktober in Kraft treten. Sämmtliche Inhaber derartiger Institute haben die Theaterkonzession zu erwerben. Diejenigen Etablissements, welche sich bis zum 1. Oktober nicht im Besitze der Konzession befinden, werden geschlossen.

Hamburg. Der Senat hat bei der Bürgerschaft zur Herstellung neuer Häfen auf dem Kuhwärder die Bewilligung von 11,150,000 Mk. und zur Verlängerung des Schutzhafens ebenda 450,000 Mk. beantragt.

Breslau. Studiosus Thiele, der vor drei Monaten den Studenten Opitz, den Sohn einer Schweidnitzer Pastoren, bei einer Schlägermensur tödtete, wurde wegen Zweikampfes zu 4 Monaten Festung verurtheilt. Der Tod des Opitz wurde als unglücklicher Zufall betrachtet.

Schweidnitz. Bei dem Zobtener Grundkredit-Verein wurden gegen 120,000 Mk. Unterschlagungen entdeckt.

Düsseldorf. Flemion, der Gatte der Lona Barrison, legte gegen das Urtheil im Barrison-Prozeß Berufung ein.

Gotha. Der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha hat dem Präsidenten des hiesigen Landgerichts, welcher seit 40 Jahren Präsident des Landtags ist, Geh. Rath Berlet zu seinem 80. Geburtstage den Titel Excellenz verliehen.

Gotha. Der 21. deutsche Gastwirthstag bestimmte Berlin als Ort für den 25. Verbandstag im nächsten Jahre.

Solingen. Gestern Nachmittag brannte der Saalbau „Tivoli" nieder. Bei dem Einsturze der Decke wurde ein Feuerwehrsteigerführer getödtet und ein Steiger schwer verletzt.

Wien. Ebenso wie die oberösterreichische Statthalterei der Stadt Steyr die Ueberwachung des Vereins- und Versammlungsrecht entzog, wurde auch den Städten Innsbruck und Bozen wegen der Beschlüsse der dortigen Gemeindevertretungen gegen die Sprachenverordnungen dasselbe Recht von der Tiroler Statthalterei entzogen.

Wien. Charlotte Wolter wurde auf Grund ihres letzten Wunsches als Iphigenie im weißen Kleide mit goldenem Kranze in den Haaren aufgebahrt. Das Leichenbegängniß findet morgen Nachmittag statt. Ihr Nachlaß beträgt 500,000 Gulden. Haupterbin ist die Nichte der Verstorbenen, das übrige Vermögen erhalten Verwandte in Deutschland. Die erwartete Errichtung einer Stiftung für Künstler enthält das Testament nicht.

Bern. Der Nationalrath hat nach viertägiger Debatte einstimmig der staatlichen Kranken- und Unfallversicherung zugestimmt.

Mailand. Das italienische Kronprinzenpaar wird auf der Reise nach London zwei Tage in Paris Aufenthalt nehmen. Man erblickt darin einen Vorläufer des Abschlusses eines französisch-italienischen Handelsvertrags.

London. Der Dampfer „Sultan" ist 100 Meilen östlich von der Insel Sokotra untergegangen. 52 Pilger, sowie die Offiziere und die Besatzung des Schiffes wurden von dem Dampfer „Lavaletta" an Bord genommen und gelandet. 10 Eingeborene sind umgekommen.

London. Die Union-Dampfschiffahrtsgesellschaft erhielt eine Depesche mit der Bestätigung, daß Barnato in der Nähe von Madeira Selbstmord begangen hat.

Belgrad. Der zwischen Stalac und Nisch gelegene Bahntunnel droht einzustürzen. Der Bahnverkehr ist unterbrochen.

Kalkutta. Aus fast allen Städten Indiens nördlich von Madras laufen Meldungen ein über den Schaden, den das Erdbeben am Sonnabend angerichtet hat. In Dschittagong soll das Postgebäude in die Erde versunken sein. Der reichlich am Sonntag und gestern niedergegangene Regen hat den durch das Erdbeben entstandenen Schaden noch vergrößert. Das aus Anlaß des Jubiläums der Königin Viktoria geplante große Festmahl hat verschoben werden müssen, da die Ansammlung vieler Personen in einem Hause eine Gefahr für dasselbe sein würde. Auch das Salutschießen zum Jubiläum dürfte unterlassen werden, da durch die Kanonenschüsse, die in Kalkutta täglich abgefeuert werden, um die Mittagsstunde anzuzeigen, die durch das Erdbeben beschädigten Gebäude stark erschüttert worden sind. Tausende mittelloser Europäer und Eurasier lagern auf freiem Felde und sind dem Monsun ausgesetzt.

Die heutige Berliner Börse war ziemlich ungünstig disponirt trotz der günstigeren Meldungen über die Friedensverhandlungen in der Türkei. Die Berufung des Finanzministers v. Miquel nach Berlin soll angeblich mit einem Ministerwechsel im Zusammenhange stehen, woran die Spekulation allerlei ungünstige Kombinationen geknüpft hat; dazu kamen Wiener Hausseemeldungen. Die ersten Kurse setzten zum Theil erheblich unter gestrigem Schluß ein, befestigten sich später auch nur unter-

Friedrich & Glöckner Firnisse, Lacke, Fussboden-Schnell-trocken-Farben. Zwinger-str. 15, Schäferstr. 12, Bautznerstr. 27b, Pieschen und Löbtau.